

II-182 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 139 J

A n f r a g e

1983 -07- 08

der Abgeordneten Dr. FEURSTEIN, Dr. Blenk, Türtscher, Dr. Maria Hosp,
und Genossen *Meininger*

an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz

betreffend Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes

Der ÖVP-Landtagsklub Vorarlberg hat am 9. März 1983 eine Enquete durchgeführt, die sich mit den Problemen des Umweltschutzes beschäftigte. An dieser Veranstaltung haben namhafte in- und ausländische Experten teilgenommen.

Es wurde insbesondere festgestellt, daß die Waldschäden, die in Teilen von Vorarlberg auftreten, besorgniserregend sind. Der Forsttechniker im Amt der Vorarlberger Landesregierung beziffert die Fläche mit schwersten Schäden an Weißtannen mit 3.000 Hektar. Sämtliche Weißtannen in diesem Gebiet sind krank, im Absterben begriffen oder bereits abgestorben. Darüberhinaus gibt es Gebiete, wo ein deutliches Nachlassen der Vitalität der Weißtanne festzustellen ist.

Eine wichtige Ursache für Schadstoffimmissionen in Vorarlberg bilden die Kraftfahrzeugabgase. Im Rahmen einer Untersuchung der Vorarlberger Umweltschutzanstalt wurde festgestellt, daß die Schadstoffimmissionen, die vorwiegend durch die Emissionen des Kfz-Verkehrs verursacht werden, in Vorarlberg zum Teil über den schweizerischen Durchschnittswerten liegen. In Dornbirn, Marktplatz, wurden im Jahre 1979 folgende Jahresmittelwerte ermittelt:

CO	2,50 ppm
NO	0,09 ppm
NO ₂	0,03 ppm.

Für den Standort Zürich-Stadtzentrum werden für das Jahr 1981 folgende Jahresmittelwerte ausgewiesen:

CO	1,20 ppm
NO	0,03 ppm
NO ₂	0,03 ppm.

In der Schweiz hat der Bundesrat bereits am 11. Juli 1979 strenge Abgasvorschriften für leichte Motorwagen erlassen. Ab Modelljahr 1987 sind für Neuwagen folgende Grenzwerte gültig:

CO (Kohlenmonoxid)	9,3 g/km
HC (Kohlenwasserstoffe)	0,9 g/km
NO _x (Stickoxide)	1,2 g/km.

Eine weitere Quelle von Schadstoffen bilden die gigantischen Feuerungsanlagen. Anlässlich der Enquete des ÖVP-Landtagsklubs Vorarlberg wurde berichtet, daß an Schwefel 5 - 10 g/m² und Jahr auf landwirtschaftlichen Böden deponiert wird. Die verträgliche Eintragsquote, unter der keine Versauerungswirkung zu erwarten ist, liegt bei 0,5 g/Jahr/m².

Univ. Prof. Dr. Nieslein, Direktor des Instituts für Forstpolitik und Raumordnung an der Universität Freiburg, verlangte auf der Enquete eine gezielte politische Strategie, die insbesondere in den Ostblockstaaten zu einer raschen Reduktion der Abgase führt. Er vertrat die Meinung, daß gerade im Verhältnis zum Ostblock Österreich als neutrales Land besonders wirksam werden könnte. Weiters wurde darauf hingewiesen, daß aus Gründen der gesundheitlichen Vorsorge und der Verbesserung der Lebensqualität eine massive Reduzierung der NO-Emissionen des Kraftfahrzeugverkehrs ins Auge gefaßt werden sollte. Ganz entscheidend ist aber eine weitere Reduktion der SO₂-Emissionen aus den Großfeuerungsanlagen.

- 3 -

Aufgrund der Ergebnisse dieser Enquete wurden in Vorarlberg eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, um die Umweltbelastung durch Schadstoffe zu reduzieren. In wichtigen Bereichen ist jedoch die Zuständigkeit des Bundes gegeben.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz folgende

A n f r a g e :

- 1. Zu welchem Zeitpunkt ist die Einführung von Abgasvorschriften für leichte Motorwagen in Österreich geplant, die den vom schweizerischen Bundesrat am 11.7.1979 beschlossenen entsprechen?*
- 2. Welche konkreten Maßnahmen haben Sie zwecks Reduzierung der Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen getroffen?*
- 3. Welche konkreten Ergebnisse wurden dabei erzielt?*
- 4. Welche konkreten Bemühungen bestehen, um zu einer Reduzierung der Schadstoffimmissionen aus den Oststaaten zu gelangen?*